



Resolution der Zürcher Bauern und Bäuerinnen zuhanden des Bundesrates sowie des Schweizerischen Bauernverbandes, einstimmig verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 3. 4. 2008.

Die Zürcher Bäuerinnen und Bauern haben den Entscheid des Bundesrates zur Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen im Agrarbereich mit der Europäischen Union mit grösster Sorge und Betroffenheit zur Kenntnis genommen. Der Entscheid ist für uns insbesondere aus folgenden Gründen völlig unverständlich.

- Die Agrarpolitik der EU widerspricht dem multifunktionalen Auftrag der schweizerischen Landwirtschaft in der Bundesverfassung völlig. Mit einem Agrarfreihandelsabkommen missachtet der Bundesrat unsere Verfassung.
- Ein Freihandelsabkommen halbiert die Erlöse für unsere Produkte und damit auch unsere Einkommen, ohne uns auf der Kostenseite zu entlasten. Diesbezüglich hat der Bundesrat seine Hausaufgaben seit Jahren nicht gemacht.
- Einmal mehr betrachtet der Bundesrat uns Bauernfamilien offenbar nur noch als notwendiges Übel und ist bereit, unsere Existenzen mit dem Fernziel eines möglichen EU-Beitrittes zu zerstören.
- Der Bundesrat koppelt einen ganzen Berufsstand von der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Branchen ab. Das ist aus staatspolitischer Sicht bedenklich.
- Im Hinblick auf eine sich rasch verändernde Situation der weltweiten Ernährungswirtschaft ist es fahrlässig, unsere Ernährungssouveränität aufzugeben und die eigene Landwirtschaft in die Hände der Brüsseler Bürokraten zu legen.
- Der hohe Qualitätsstandard unserer Produkte und die jahrelangen Anstrengungen der Bauernfamilien werden mit diesem Vorgehen zunichte gemacht. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden damit getäuscht.
- Der vom Bundesrat angestrebte Wettbewerb der Landwirtschaft findet mit höchst ungleichen Spiessen statt. Er ist so nicht fair, er ist selbstmörderisch.

Die Zürcher Bauernfamilien fordern den Bundesrat und die eigenen Organisationen - im Gedenken an die Kappeler Milchsuppe vom 5.6.1529 - auf

- Auf ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU zu verzichten
- Den Verfassungsauftrag der Landwirtschaft durchzusetzen und die schweizerische Ernährungssouveränität sicherzustellen
- Eine eigenständige und unabhängige Landwirtschaftspolitik weiterzuführen, die auf unseren Stärken aufbaut
- Endlich die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit wir unsere Kosten senken können

Kappel am Albis, 3. April 2008